



René Hempel

Kinder- und Jugendpolitischer Sprecher der Fraktion

Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg
Mitglied im Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten
Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mitglied im thematischen Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Mitglied im Aufsichtsrat der Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozessinnovation GmbH (ZPVP)

Wahlbereich: 4 (Stadtfeld Ost)

Handy: 0172 5 62 17 75

E-Mail: hempel@mandatos.magdeburg.de

Internet: www.dielinke-magdeburg.de/stadtratsfraktion

11.02.2015

PRESSEMITTEILUNG

Stadt Magdeburg containert Menschen

Wie der Volksstimme zu entnehmen ist, plant die Verwaltung der Stadt Magdeburg ankommende Flüchtlinge in den kommenden Jahren in sogenannte Wohncontainer unterzubringen. Dies ist ein Skandal und schlichtweg menschenunwürdig.

Noch in der Dezembersitzung des vergangenen Jahres sicherte der OB zu, dass es in Magdeburg nicht nötig sein wird, Menschen in Turnhallen oder ähnlichen Gebäuden unterbringen zu müssen, da genug Platz vorhanden sei.

Mit dieser Begründung wurde auch der Antrag der linken Stadträte abgelehnt, der eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen vorsah. Dieser Antrag lag bereits seit Juli 2014 vor, in dem auf diese nun eingetretenen Probleme verwiesen wurde. Nur die dezentrale Unterbringung und ein damit verbundenen dezentrales Betreuungs- und Integrationskonzept können gewährleisten, dass schnell genug auf ankommende Menschen reagiert werden kann, weil man vorhandene freistehende Wohnungen in Magdeburg anmieten könnte. Dies war jedoch nicht gewollt.

Der jetzige Schwenk des OB und der Verwaltung zeigen die gesamte Hilflosigkeit und Fehlplanungen der vergangenen 6 Monate. Der Weg der Verwaltung hat sich nun als eine Sackgasse erwiesen, unter der die bald ankommenden Menschen zu leiden haben.

Ich fordere den Oberbürgermeister Dr. Trümper auf, die Prüfung der Möglichkeit zur Unterbringung von Menschen in Containern einzustellen und stattdessen die Bemühungen zu verstärken, Wohnungen für die Menschen in der Stadt zu finden. Dafür müssen die Gespräche in erster Linie sowohl mit dem kommunalen Wohnungsbauunternehmen Wobau, aber auch mit den anderen Genossenschaften geführt werden, um die bestehenden Möglichkeiten der Unterbringung zu verbessern.



Bei den entstehenden Kosten, die oftmals für die Herrichtung der Wohnungen aufkommen, muss die Stadt finanzielle Hilfen leisten.

René Hempel